

Hauptfundstelle: 1999, 822

Rechtsprechung
Gesellschaftsrecht

Ausländische GmbH: Anmeldung einer Zweigniederlassung in Deutschland mit eingeschränktem Geschäftsgegenstand

§ 13e HGB;

Der Gegenstand einer Niederlassung muß nicht mit dem der Gesellschaft identisch sein. § 13e Abs. 2 S. 2 HGB bezieht sich hinsichtlich der Beurteilung der Genehmigungsbedürftigkeit des Unternehmensgegenstands nur auf den konkreten Gegenstand der inländischen Zweigniederlassung. Die registerrechtlichen Vorschriften der §§ 13d ff. HGB setzen die Zulässigkeit der Errichtung von inländischen Zweigniederlassungen durch ausländische Unternehmen voraus und dienen für den Bereich des Registerrechts deren Integration, nicht aber ihrer Abwehr. Sie sind daher i.S.d. Niederlassungsfreiheit auszulegen. § 13e Abs. 2 S. 2 HGB stellt daher nicht auf den Unternehmensgegenstand insgesamt, sondern auf den konkreten Gegenstand der inländischen Zweigniederlassung ab.

OLG Thüringen
Beschluß vom 22.04.1999 - 6W 209/99

Aus den Gründen:

... a) Die Eintragung der inländischen Zweigniederlassung einer GmbH mit Hauptsitz im Ausland richtet sich nach §§ 13d, 13e und 13g HGB. Nach § 13e Abs. 2 S. 2 HGB ist bei der Anmeldung, wenn der Gegenstand des Unternehmens oder die Zulassung zum Gewerbebetrieb im Inland der staatlichen Genehmigung bedarf, eine solche Genehmigung nachzuweisen. Danach war der Beschluß des RegisterG vom 28.5.1998, der allerdings keine hinreichende Begründung enthält, nach dem damaligen Verfahrensstand im Ergebnis zutreffend. Nach dem ursprünglichen Antrag war der Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Zweigniederlassung ... mit demjenigen der Gesellschaft insgesamt identisch und umfaßte sowohl die Steuerberatung als auch die Wirtschaftsprüfung, die, wie das LG insoweit zutreffend festgestellt hat, in der Bundesrepublik genehmigungspflichtig sind. Soweit es das LG abgelehnt hat, allein aus dem Zusatz "polnischen Rechts" die Schlußfolgerung zu ziehen, die Antragstellerin (Ast.)

GmbHR 1999, 823

und mithin auch ihre inländische Niederlassung beschränke sich bei der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung auf polnisches Recht, hält das der im Verfahren der weiteren Beschwerde allein zulässigen rechtlichen Überprüfung stand. Die weitere Beschwerde versucht insoweit lediglich, ihre eigene, aber nicht zwingende Auslegung an die Stelle derjenigen des LG zu setzen.

b) Indessen hat die Ast. in dem geänderten Antrag v. 8.4.1998 den Gegenstand ihrer inländischen Zweigniederlassung ... auf "Wirtschaftsexpertisen, Beratung im Bereich der

Organisation und Information zum Rechnungswesen und Verlags- und Schulungstätigkeit auf dem Gebiet Rechnungswesen" beschränkt.

Das steht dem Charakter einer Zweigniederlassung nicht entgegen, weil die Zweigniederlassung zwar sachlich die gleichen, nicht notwendig aber alle gleichartigen Geschäfte erledigen muß wie die Hauptniederlassung (vgl. Baumbach/Hopt, HGB, 29. Aufl., § 13 Rn. 3). Daß der Geschäftsgegenstand von Haupt- und Zweigniederlassung nicht identisch sein muß, ergibt sich i.ü. bereits aus § 13e Abs. 2 S. 2 und 3 HGB. Die Vorschrift fordert nämlich sowohl die Angabe des Geschäftsgegenstands der Hauptniederlassung als auch desjenigen der Zweigniederlassung. Sie wäre sinnlos, wenn die Geschäftsgegenstände zwingend identisch wären.

Für die Frage, ob der fehlende Nachweis der im Inland erforderlichen staatlichen Genehmigung eines Unternehmensgegenstands der Eintragung der Zweigniederlassung in das Handelsregister entgegensteht, kommt es mithin darauf an, ob § 13e Abs. 2 S. 2 HGB auf den Unternehmensgegenstand insgesamt oder den konkreten Gegenstand der inländischen Zweigniederlassung abstellt. Nach Auffassung des Senats kann sich § 13e Abs. 2 S. 2 HGB hinsichtlich der Beurteilung der Genehmigungsbedürftigkeit des Unternehmensgegenstands nur auf den konkreten Gegenstand der inländischen Zweigniederlassung beziehen (vgl. LG Regensburg, MittBayNot 1997, 50 [51]). Die registerrechtlichen Vorschriften der § 13d ff. HGB setzen die Zulässigkeit der Errichtung von inländischen Zweigniederlassungen durch ausländische Unternehmen voraus und dienen für den Bereich des Registerrechts deren Integration, nicht aber ihrer Abwehr (vgl. Staub, HGB, 4. Aufl., § 13b Rn. 10). Sie sind daher nach Auffassung des Senats i.S.d. Niederlassungsfreiheit auszulegen. Dem widerspräche es, ausländischen Unternehmen, die dort, also außerhalb des Geltungsbereichs deutschen Rechts, Tätigkeiten nachgehen, die in Deutschland genehmigungsbedürftig wären, auch die Gründung und Eintragung von solchen Zweigniederlassungen zu verwehren, deren Geschäftsgegenstand ausschließlich aus im Inland genehmigungsfreien Tätigkeiten besteht.

Der in ... der geänderten Anmeldung v. 8.4.1998 definierte Gegenstand der Zweigniederlassung ... ist in Deutschland nicht genehmigungsbedürftig. Für den Bereich der Wirtschaftsprüfung geht das aus der vom Senat eingeholten Stellungnahme der Wirtschaftsprüferkammer v. 7.4.1999 hervor. Die Steuerberatung wird von dem neu definierten Gegenstand der Zweigniederlassung nicht mehr berührt. Der fehlende Nachweis der Genehmigung des Unternehmensgegenstands steht daher der beantragten Eintragung der Zweigniederlassung nicht mehr entgegen. ...

Einsender: Präs.OLG Hans-Joachim Bauer, Jena